

In memoriam Franz-Xaver Kaufmann (22. August 1932 – 7. Januar 2024)

Franz-Xaver Kaufmann ist am 7. Januar 2024 im Alter von 91 Jahren in Bonn verstorben. 1932 in Zürich geboren und in einer Anwaltsfamilie im Milieu des Zürcher Diasporakatholizismus aufgewachsen, studierte Kaufmann zunächst Jura in seiner Heimatstadt, dann Wirtschaftswissenschaften in St. Gallen und schließlich Soziologie in Paris, unter anderem bei Raymond Aron. Für dieses »Bürgersöhnchen«¹ war es mutig, sich der unansehnlichen Disziplin Soziologie zuzuwenden. Nach zwei Jahren in der Basler Chemieindustrie kam Kaufmann 1963 nach Deutschland, zunächst zur Forschungsstelle Dortmund der Universität Münster, an der damals auch Niklas Luhmann arbeitete. Kaufmann forschte dort im Rahmen eines Projekts der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu sozialer Sicherung, das von Helmut Schelsky geleitet wurde, dem geistigen Vater der Universität Bielefeld. Dort habilitierte er sich auch.

Das Denken Luhmanns, der in Bielefeld sein Kollege blieb, beeinflusste ihn nachhaltig, vor allem die Theorie funktionaler Differenzierung der modernen Gesellschaft. Dabei fragte er aber auch nach den Bedingungen gesellschaftlicher Integration und politischer Steuerung, Kategorien, die in Luhmanns Theorie keinen Ort haben. Luhmann »hat erfolgreich versucht, das Geschäft der Philosophie mit soziologischen Mitteln zu betreiben, das heißt die soziale Welt der Moderne im Ganzen zu begreifen. Mich interessierte stets die Rekonstruktion konkreterer Zusammenhänge, welche die Lebenssituation und die kulturellen Orientierungen der Zeitgenossen beeinflussen.« Es ging ihm also um Theorien mittlerer Reichweite. »Aber Theorien mittlerer Reichweite brauchen einen gesellschaftstheoretischen Horizont, und hier blieb Luhmann für mich eine ständige Anregung«, schreibt Kaufmann in seinem Band »Zwischen Wissenschaft und Glauben« (S. 20).

1968 wurde Kaufmann als einer der ersten Professoren der Universität Bielefeld, noch vor ihrer eigentlichen Gründung, zum Professor für Soziologie und Sozialpolitik berufen und blieb bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1997. Kaufmanns erste Jahre fielen in die Zeit des gesellschaftlichen Aufstiegs der Soziologie, die sich teilweise als Subversions- oder gar Revolutionstheorie verstand. Kaufmanns Anliegen war dagegen der Versuch, soziale Sachverhalte

1 So bezeichnet sich Kaufmann selbst in seinen 2014 unter dem Titel »Zwischen Wissenschaft und Glauben« erschienenen persönlichen Reflexionen.

zuallererst zu verstehen, so Jürgen Kaube in seinem Nachruf in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung – »Strukturierung schlecht definierter Probleme und Situationen« nannte es Kaufmann schon 1984 in der KZfSS.

Er war ein herausragender Wissenschaftler und Intellektueller, der vielfach mit Preisen und Ehrendoktoraten ausgezeichnet wurde, darunter 2012 der Preis der Deutschen Gesellschaft für Soziologie für sein Lebenswerk. Er war Mitbegründer der Bielefelder Fakultät für Soziologie im Jahre 1969 und hat das Reformkonzept einer »aktiven Professionalisierung« in der damals noch sehr akademisch orientierten soziologischen Ausbildung wesentlich geprägt. 1980/81 gründete er im Auftrag der Landesregierung das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS), dessen Direktor er bis 1992 war. 1979 bis 1983 war er Direktor am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) und leitete dort eine internationale Forschungsgruppe, der spätere NobelpreisträgerInnen angehörten. 1994 trug er zur Gründung der neuen Fakultät für Gesundheitswissenschaft bei.

Sein intellektueller Horizont war immens. Nur sehr wenige WissenschaftlerInnen schafften es, in drei großen und eigenständigen Forschungsgebieten der Soziologie zu den anerkannten, bis heute oft zitierten Autoritäten zu gehören. Bei Kaufmann war dies die Sozialpolitik- und Wohlfahrtsstaatsforschung, die Familienforschung und die Religion- und Kirchensoziologie. Das diese Bereiche überspannende Thema war die Frage nach den Bedingungen sozialen Zusammenhalts und personaler Existenz in der funktional differenzierten und individualisierten Gesellschaft. Hinzu kamen maßgebliche Arbeiten zur Bevölkerungssoziologie, zur Verwaltungswissenschaft, zur Anwendungsforschung und anderen Gebieten.

Sein Denken war durch und durch soziologisch, zugleich war Interdisziplinarität für seine Arbeit konstitutiv, und auch seine akademische Karriere berührte mehrere Disziplinen. Wissenschaftsgeschichtlich hat er wesentlich zur Soziologisierung der Analyse zentraler gesellschaftlicher Feldern beigetragen. Erstens hat Kaufmann die moderne soziologische Sozialpolitikforschung in Deutschland seit den 1970er Jahren wesentlich mitbegründet, manifest in der Gründung der Sektion Sozialpolitik in der DGS im Jahr 1978. Zuvor war Sozialpolitik primär Gegenstand von Wirtschafts- und Rechtswissenschaft gewesen. Der Wandel der Sozialpolitik von Klassenpolitik zur Politik individueller Lebenslagen und umfassender Daseinsvorsorge nach dem Zweiten Weltkrieg erheischte eine soziologische Analyse, und Kaufmann ergriff diese Chance. Zweitens, zu unterscheiden von der Sozialpolitik-

analyse, hat Kaufmann einen genuin soziologischen Zugang zur Wohlfahrtsstaatsanalyse entwickelt. Die Literatur zum Wohlfahrtsstaat füllt Regale, aber erstaunlicherweise wurde und wird sehr selten und selten soziologisch untersucht, was der Wohlfahrtsstaat *ist*, was ihn ausmacht. Dominant sind politökonomische Theorien, die nach den *politics* des Wohlfahrtsstaates und korrelierenden politischen Großideologien fragen, paradigmatisch Esping-Andersen. Kaufmann analysierte dagegen das merkwürdig zerklüftete Nachkriegsgebilde »Wohlfahrtsstaat« als soziale Struktur sui generis, als interorganisationales Geflecht (»Sozialsektor«) und zugleich als »Kultur«, die evolutionär unwahrscheinlich ist und sich nur in den Ländern West- und Nordeuropas sowie einigen Ländern des früheren Commonwealth herausgebildet hat. In diesem Sinne kann Jürgen Kaube Kaufmann als »Soziologen unserer Staatsform« bezeichnen.

Drittens trug Kaufmann wesentlich zu einer Soziologie des Katholizismus bei, in einer Zeit, in der die Religionssoziologie sich eher mit Entkirchlichung beschäftigte. Viertens brachte Kaufmann in die Bevölkerungswissenschaft und -politik den Begriff »Humanvermögen« ein, der auf personale Voraussetzungen von Gesellschaft jenseits von Quantität und Arbeitsmarkttauglichkeit zielt.

Neben seiner Forschungstätigkeit war Kaufmann auch ein öffentlicher Intellektueller, aber nicht im Sinne eines politischen Aktivisten, sondern durch breite Präsenz in einer bürgerlichen Öffentlichkeit von Beiräten und Kommissionen. Insbesondere in der katholischen Kirche war er ein anerkannter und wirkmächtiger Berater, war vernetzt mit fast allen reformorientierten katholischen Theologen. In der Sicht des christlichen Sozialethikers Hermann-Josef Große Kracht war er »seit den 1970er Jahren ohne Frage die wichtigste religionssoziologische Referenzgröße im katholischen Raum.« (*soziopolis.de*) Er beriet auch die Deutsche Bischofskonferenz. Der Papst schickte zu seinem 65. Geburtstag Grüße. Das erstarrte Denken im Katholizismus von überkommenen Ballast zu befreien, nannte Kaufmann als eines seiner Motive der Zuwendung zur Soziologie. Im Kontext des Missbrauchsskandals kritisierte Kaufmann schon früh die »moralische Lethargie« des Vatikans.

Kaufmanns übergreifendes Thema war die moderne Gesellschaft, und er legte radikal ihre Widersprüche, Ambivalenzen und Abgründe offen, auch die Grenzen politischer Beeinflussung von Lebensverhältnissen in der modernen Gesellschaft. Soziologie bedeutete für ihn, eine skeptische Perspektive einzunehmen. Seine differenzierungstheoretische Modernitätskritik scheint mir tiefgründiger und umfassender als bloße Kapitalismuskritik.

Hierzu zählt auch die Diagnose einer »strukturellen Rücksichtslosigkeit« der funktional differenzierten Gesellschaft gegenüber der Familie und des Status von Kindern als Außenseiter der Gesellschaft. Was die Kirche angeht, verblüfft es, wie radikal er immer wieder wissens- und organisationssoziologisch die Erstarrung des Katholizismus und dessen Verschließen vor der Kontingenz der modernen Gesellschaft analysiert hat. Überkommene Werte und ethische Lehren, aber auch politische Ideologeme können in der Moderne keine Gewissheit mehr vermitteln. Trotzdem blieb Kaufmann engagierter Katholik und interessierter politischer Beobachter, verfiel nicht in Pessimismus oder gar Nihilismus. Vielleicht war es das Wissen um die, wie er es formulierte, konstitutive Krisenhaftigkeit und damit auch Wandelbarkeit der modernen Gesellschaft, die ihn deren Untiefen aushalten ließ, verbunden mit einer Praxisorientierung, die situativ immer nach Lösungen mittlerer Reichweite Ausschau hielt. Wichtig waren ihm dabei Differenzierung und Vergleich statt pauschaler Krisenszenarien. So gelang gemäß seiner Analysen in einigen wenigen Ländern der Aufbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit, in vielen anderen nicht. Ähnliches gilt für die Grenzen der politischen Beeinflussbarkeit von Lebensverhältnissen: Durch meso- und mikrosoziologische Analysen sezierte er die Bedingungen des Erfolgs politischer »Steuerung« und fand, dass diese je nach Art der politischen »Intervention« sehr unterschiedlich ausfallen. Und wo Sicherheit im Sinne von Geborgenheit unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft politisch nicht gewährleistet werden kann, kommt der Steigerung von Sicherheit im Sinne von Selbstsicherheit eine verstärkte Bedeutung zu.

Elisabeth von Thadden bezeichnete Kaufmann einmal als ein »wissenschaftliches und ethisches Frühwarnsystem«. Jahrzehnte vor einer breiteren öffentlichen Thematisierung identifizierte er gesellschaftliche Probleme, die uns noch heute auf den Nägeln brennen, und zwar nicht nur in Form einzelner Passagen und Bemerkungen, sondern theoretisch und empirisch ausgearbeitet. So analysierte er schon 1960 in seiner Doktorarbeit die Problematik einer alternden Bevölkerung, später die Folgen eines Bevölkerungsrückgangs sowie die gerade in Deutschland dringliche Frage, ob zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit mehr in »Humanvermögen« investiert werden soll – durch Bildung, Familienpolitik und verbesserte Sozialisationsbedingungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – statt einer Steigerung monetärer Redistribution. In der Fülle seiner Arbeiten ist noch viel zu entdecken. Wenig bekannt ist zum Beispiel, dass Kaufmann zentrale Konzepte etwa zeitgleich mit angelsächsischen AutorInnen, aber unabhängig von diesen,

entwickelt hat, so konzeptuelle Varianten des Begriffspaars *redistribution/recognition* (Nancy Fraser), des *enabling state* (Neil und Barbara Gilbert) und der *capabilities* (Amartya Sen).

Schließlich war dieser Schweizer in Deutschland ein Weltbürger, der bereits 1968 in seiner Habilitationsschrift zur modernen Sicherheitsidee² nach den Bedingungen globaler normativer Ordnungen fragte. Als ich ihn Mitte der 2010er Jahre, als er schon über 80 Jahre alt war, zu einem Workshop in meine internationale Forschungsgruppe »Understanding Southern Welfare« an das Zentrum für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld einlud, war er fasziniert von den Beiträgen der KollegInnen aus dem globalen Süden und bedauerte, sich an der Erforschung globaler Sozialpolitik nicht mehr beteiligen zu können. Mit den 2012 und 2013 erschienenen englischen Übersetzungen wichtiger Beiträge Kaufmanns konnten die Fellows aus dem globalen Süden viel anfangen. Auch durch einige seiner und meiner ehemaligen DoktorandInnen verbreiten sich Kaufmanns Ideen im globalen Süden. Erstaunlicherweise scheinen seine generalisierten Kategorien besser für Analysen des globalen Südens zu passen als die auf den kapitalistischen Norden zugeschnittenen politökonomischen Theorien.

Stephan Goertz hat in seiner Würdigung Kaufmanns zu dessen 80. Geburtstag 2012 in der KZfSS den wissenschaftlichen und intellektuellen Ort Kaufmanns als »soziologische Theoriebildung in praktischer Absicht« beschrieben, die sich »in die moderne Tradition einer Kritik und Meliorisierung der Verhältnisse [stellt, ...] dem moralisierenden Ruf zur unmittelbaren Verantwortung aber stets um die Reflexion des verwickelten Theorie-Praxis-Verhältnisses voraus« ist.

Die Soziologie und der Katholizismus haben einen überragenden Intellektuellen mit nie erschöpfendem Engagement und Energie verloren, der zudem seinen KollegInnen, StudentInnen und MitarbeiterInnen stets zugewandt, unterstützend und friedvoll begegnete. Jenseits seiner wissenschaftlichen Beiträge hält der 2019 an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld gestiftete und alle zwei Jahre verliehene Franz-Xaver-Kaufmann Preis für wissenschaftlichen Nachwuchs die Erinnerung an diesen Schweizer Intellektuellen wach.

Lutz Leisering

2 »Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften« wurde 1970 bei Enke in Stuttgart veröffentlicht. Ein umfangreiches Schriftenverzeichnis findet sich in der Homepage von Franz-Xaver Kaufmann auf der Webseite der Universität Bielefeld.

In memoriam Oskar Negt

(1. August 1934 – 2. Februar 2024)

Oskar Negt war Bauernsohn. Seine Familie hatte einen Hof in Kapkeim in der Nähe von Königsberg. Sein Vater war Sozialdemokrat und saß 1918 im Arbeiter- und Soldatenrat. Oskar Negts Bruder sollte den Bauernhof übernehmen, und er war der Einzige in der Familie, der Abitur machen sollte.

Er hatte fünf ältere Schwestern. Zwei von ihnen haben den damals Zehnjährigen 1945 auf der Flucht begleitet. In Dänemark lebte er mit diesen beiden Schwestern, getrennt von den Eltern, in einem Internierungslager. Nach zweieinhalb Jahren kamen sie nach Oldenburg, wo der Vater einen Bauernhof übernahm. Dort in Oldenburg machte Negt Abitur. Er war Fahrschüler und kam deshalb viel zu früh an der Schule an. Um die Zeit bis zum Unterrichtsbeginn zu überbrücken, lieh er sich von einem Freund Werke von Johann Wolfgang von Goethe aus. Der Vater jenes Jungen besaß die 20-bändige Gesamtausgabe. Negt erzählte, dass er alle Bände systematisch gelesen habe. Bei einem Vortrag zog er einen der Bände aus seiner Tasche und sagte: »Den habe ich vergessen zurückzugeben.«

Ihn allein als Soziologen zu etikettieren, wäre zu kurz gegriffen. Sein Lebenswerk stand auf vier Säulen. Die für mich wichtigste war die als Mentor der Studentenbewegung. Die zweite war die als Gründer der Glockseeschule in Hannover. Die dritte die des Soziologieprofessors, wobei er da mehr der Philosophie zugewandt war. Habermas hat in seiner Rede zu Negts 80. Geburtstag gesagt: »Ich habe Dich übrigens immer eher für einen Philosophen als für einen Soziologen gehalten – aber damals, als wir uns kennenlernten, hat man in Frankfurt eine solche Unterscheidung sowieso für obszön gehalten.« Der vierte seiner Schwerpunkte war die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Die Gewerkschaften fasste er als gegenwärtige Verkörperung der Arbeiterbewegung auf.

Negt studierte in Frankfurt bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno Philosophie und Soziologie. Dort lernte er auch Jürgen Habermas kennen, dessen Assistent er später in Heidelberg wurde.

Als *Mentor der Studentenbewegung* war er schon früh bekannt. In Frankfurt wurde Negt Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), der Mitte der Fünfzigerjahre, als er ihm beitrug, noch Organisationsteil der SPD war. Warum wurde er Mitglied des SDS? Negt schreibt dazu in seinem autobiografischen Band »Erfahrungsspuren«: »Ist der Begriff des Politischen in der Dialektik von Theorie und Praxis verankert, so konnte es in dem von

Horkheimer und Adorno bestimmten Bildungsklima nicht ausbleiben, dass ich mich auch im engeren Sinne politisch betätigte. [...] Bei der Gründung des SDS in Hamburg hingen zwei Großportraits an den Wänden des Versammlungsortes: die von Kant und Marx.« Zufall?

Später war Oskar Negt wegweisend für viele 68er. Am Wichtigsten war seine Rede beim Angela-Davis-Kongress am 3. und 4. Juni 1972 auf dem Opernplatz in Frankfurt. Dort hat er sich klar zur RAF positioniert, indem er erklärte, dass das, was Baader und Meinhof machten, nichts mit Sozialismus und Revolution zu tun habe. Darum könnten sie keine Solidarität beanspruchen. Das war für uns 68er wichtig, denn wir waren uns nicht sicher, welcher Gruppe wir uns in der Zeit danach anschließen sollten, einer der K-Gruppen oder ob wir die RAF unterstützen sollten. Wir hatten in Köln zu der Zeit einen alternativen Buchladen. Dort kamen RAF-Mitglieder vorbei und verlangten Geld, das wir ihnen bereitwillig gaben. Nach der Rede von Oskar Negt haben wir die Zahlungen jedoch eingestellt. Wir sind dem Sozialistischen Büro in Offenbach beigetreten, das von Klaus Vack gegründet und von Oskar Negt unterstützt wurde und basisdemokratisch arbeitete. – Negt berichtete später in den »Erfahrungsspuren«, dass er sich erst während der Rede überlegt habe, dies zu sagen, dass er in dem Moment nicht die Chance zur Klärung verpassen wollte. Und er zeigte mir die Drohbriefe, die er danach bekommen hatte. Zeitweise stand seine Wohnung unter Polizeischutz.

In der Zeit der Studentenbewegung entwickelte sich ein Konflikt mit Jürgen Habermas. Bei der Trauerfeier für Benno Ohnesorg in Hannover charakterisierte Habermas die Rede Rudi Dutschkes als »Linksfaschismus«. Als Reaktion darauf gab Negt das Buch »Die Linke antwortet Jürgen Habermas« heraus. Später entschuldigte er sich bei Habermas dafür. Habermas seinerseits sprach später davon, dass jener Begriff eine deplatzierte Äußerung gewesen sei.¹ Man kann sagen, dass beide Freunde wurden. Bei Negts runden Geburtstag hat Jürgen Habermas die Festreden gehalten.

Die *Gründung der Glockenseeschule* in Hannover als zweite wichtige Säule schloss unmittelbar an die Erfahrungen im Studium bei Adorno an. Zur 50-Jahr-Feier dieser Schule sagte Oskar Negt noch im Juni letzten Jahres in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: »Das war auch ein Beitrag zur Aufarbeitung und Überwindung der Nachwehen des Faschismus in Deutschland. Adorno hatte gesagt, dass Autoritätshörigkeit

¹ So äußerte er sich in einem Interview, das ich zusammen mit Willem van Reijen führte und das in Habermas' »Kleinen Politischen Schriften I–IV« 1981 bei suhrkamp veröffentlicht wurde.

in autoritären Strukturen entsteht – und die gab es damals in vielen Schulen. Wir wollten die Kinder mit eigenem Urteilsvermögen ausstatten.«

Das exemplarische Lernen bildete die Basis des Unterrichts in der Glockseeschule. Statt stur dem Aufbau des Lehrbuchs zu folgen, zum Beispiel Mathematik 1 bis 10, wird an Erfahrungen der Beteiligten angeknüpft und neue Erfahrungen werden gemacht. Die Schülerinnen und Schüler bringen sich ein. Und das wird thematisiert. Es ist die Methode des Sokrates, der nachfragt: »Was meinst du damit?« Damit wird das Gespräch auch für die anderen eröffnet. Dieser Gedanke liegt der Methode von Martin Wagenschein zugrunde, die Negt aufgriff. Sie gab seinem nach meiner Ansicht wichtigsten Buch den Titel: »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung« (1968). Dieses Prinzip war natürlich – wie der Untertitel verriet – auch für die Arbeiterbildung wegweisend.

Dass ein solcher, im Anfang so genannter »Schulversuch« überhaupt gestartet werden konnte, hatte Negt seinen engen Kontakten zum damals 28-jährigen Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, zum Kultusminister Peter von Oertzen, zum Leiter der Staatskanzlei Ernst Gottfried Mahrenholz und zum Landtagsabgeordneten Rolf Wernstedt zu verdanken, die das Projekt allesamt unterstützten.

Die dritte Säule ist kurz beschrieben: Negt war seit 1971 *Soziologieprofessor* in Hannover. Bei den Stellenbesetzungen am Institut blieb er seinem Prinzip treu: Die Stellen mussten einen Bezug zur Praxis haben. So kamen die Mitarbeiter aus verschiedenen Arbeitsbereichen und präsentierten diese, beispielsweise aus der Gewerkschaftsarbeit (Karsten Reinecke), aus den Wirtschaftswissenschaften (Horst Kern, Otfried Mickler, Ernst Theodor Mohl, Rudolf Sinz), aus der Theologie (Martin Lähnemann) und aus der Lateinamerikaarbeit (Klaus Meschkat).

Negt selbst hat vornehmlich über Marx und Kant Vorlesungen gehalten. Diese Vorlesungen sind in der inzwischen erschienenen 20-bändigen Gesamtausgabe enthalten. Habermas brachte es anlässlich von Negts Abschiedsvorlesung auf den Punkt: »Kant und Marx sind tatsächlich die Sterne Deiner akademischen Sternstunden geblieben.«

Die vierte Säule ist die schon erwähnte *gewerkschaftliche Bildungsarbeit*. Dieser lagen die Einsichten zugrunde, die Negt selbst bei seiner Arbeit an der Gewerkschaftsschule in Oberursel gewonnen hatte und die in dem schon erwähnten Buch »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen« festgehalten sind. Es sind die auch für die Glockseeschule grundlegenden Prinzipien

des exemplarischen Lernens. Die lebenslange Verbundenheit mit den Gewerkschaften fand ihren Ausdruck unter anderem darin, dass der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann die Festrede zu Negts 85. Geburtstag hielt. Die gewerkschaftsnahe Hans Böckler-Stiftung stellte über mehrere Jahre einen Assistenten, Hendrik Wallat, der die Gesamtausgabe betreute und dem Negt 2016 im Vorwort seiner Autobiografie »Überlebensglück« ausdrücklich dankt.

Diese vier Säulen, denen die Idee von Bildung und Engagement gemeinsam ist, tragen ein umfassendes und höchst beachtliches Lebenswerk. Am 2. Februar 2024 ist Oskar Negt nach langer schwerer Krankheit in Hannover gestorben.

Detlef Horster

In memoriam Friedhelm Neidhardt (3. Januar 1934 – 31. Oktober 2023)

Friedhelm Neidhardt konnte, bevor er im Alter von fast 90 Jahren verstarb, auf eine sehr erfolgreiche akademische Karriere zurückblicken. Geboren wurde er in Ostwestfalen in der Nähe von Bielefeld. Dort wuchs er in einem protestantisch-bürgerlichen Elternhaus auf, das gegenüber dem Nationalsozialismus eine kritische Haltung einnahm. Das Klavier- und Orgelspiel und der Sport in einer Feldhandballmannschaft interessierten ihn in seiner Jugend mehr als die Schule. 1954 machte er in Bielefeld sein Abitur, und 1958 schloss er das Studium der Volkswirtschaftslehre mit dem Diplomexamen an der Universität Kiel ab. Danach verbrachte er ein Jahr als Fulbright-Stipendiat an der Indiana University in Bloomington. Dieser Studienaufenthalt machte ihn mit der Soziologie vertraut und motivierte ihn zu einem Kurswechsel von der Ökonomie hin zur Soziologie. 1962 wurde Friedhelm Neidhardt an der Universität Kiel im Fach Soziologie promoviert. Die Habilitation erfolgt 1968 in der LMU München. Im selben Jahr wurde Neidhardt im Alter von 34 Jahren auf eine Professur in Hamburg berufen. Es folgten Stationen an den Universitäten Tübingen und Köln. Ab 1988 und bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2000 war Friedhelm Neidhardt am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin tätig, zuerst als Direktor der Abteilung »Öffentlichkeit und soziale Bewegungen« und ab 1994 als Präsident des WZB.

Während sich manche Soziologen und Soziologinnen frühzeitig auf ein Themenfeld spezialisieren und dieses immer weiter in die Tiefe bearbeiten, tangieren die Forschungen Friedhelm Neidhardts recht unterschiedliche Felder der Soziologie. Seine auf einer Umfrage basierende Dissertation über Studentennetzwerke und Gruppen in einem studentischen Wohnheim bildete den Auftakt seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die von weiteren jugendsoziologischen Arbeiten begleitet wurden. Es folgten Arbeiten zur sozialen Schichtung der Bundesrepublik, zu denen die Habilitationsschrift und der zusammen mit Karl Martin Bolte und Dieter Kappe publizierte Band »Soziale Schichtung« gehören. Familiensoziologische Studien standen im Zentrum seiner Forschungen in den 70er Jahren. Gruppensoziologie und gruppensoziologische Analysen des Terrorismus, insbesondere der RAF stellten einen der Arbeitsschwerpunkte an der Universität Köln in den Jahren 1975 bis 1988 dar. Forschungen im Bereich der Sportsoziologie und der Wissenschaftssoziologie bildeten den zweiten Schwerpunkt der Kölner Zeit, darunter auch die 1988 erschienene Studie

»Selbststeuerungsprozesse in der Forschungsförderung« über das DFG-Gutachterwesen. Mit dem Wechsel von der Universität Köln zum Wissenschaftszentrum Berlin und der Gründung der neuen Abteilung »Öffentlichkeit und soziale Bewegungen« rückten Analysen aus dem Bereich der politischen Soziologie in das Zentrum seiner Aufmerksamkeit, hier vor allem Forschungen zur Struktur der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit und der Rolle sozialer Bewegungen. Nach seiner Emeritierung wurden die wissenschaftssoziologischen Arbeiten wieder aufgegriffen und fortgesetzt.

Neidhardt war, wie er selbst betonte, weder theoretisch noch methodisch konfessionalisiert. Er stand den Glasperlenspielen der großen Theoriegebäude skeptisch gegenüber. Zwar ließ er sich von diesen inspirieren, suchte aber immer den Bodenkontakt zur Empirie und nutzte die großen Theorien zur konzeptionellen Erfassung sozialer Phänomene. Illustrieren lässt sich dieses für ihn typische Vorgehen an seiner hervorragenden, 1968 eingereichten, aber leider unveröffentlichten Habilitationsschrift zum Thema »Soziale Schichtung und sozial Stabilität«. In der Traditionslinie des amerikanischen Strukturfunktionalismus stehend knüpft er an die von Talcott Parsons entworfene und später von Niklas Luhmann weiterentwickelte Theorie symbolisch generalisierter Medien an und unterscheidet zwischen Geld, Macht, Wissen und Reputation als den vier zentralen Medien der Koordination von Interaktionen. Während die Systemtheorie die Medien verschiedenen Teilsystemen zuordnet, wechselt Neidhardt die Perspektive und betont, dass die Verfügung über die vier Medien auf die Mitglieder einer Gesellschaft unterschiedlich verteilt ist, woraus sich die Sozialstruktur einer Gesellschaft als mehrdimensionale Schichtungsstruktur ergibt. Mit diesem Schachzug übersetzt er die Theorie funktionaler Differenzierung in eine Theorie vertikaler Differenzierung. Er entwickelt Vorschläge, wie sich die vier Medien empirisch messen lassen und illustriert seinen konzeptionellen Vorschlag der Erfassung einer Schichtungsstruktur mit Hilfe von empirischen Daten. Schließlich diskutiert er, ob und wie sich ein Medium in ein anderes konvertieren lässt. Die Habilitationsschrift nimmt Überlegungen vorweg, die 1979 in einer anderen Theoriesprache von Pierre Bourdieu in dessen Hauptwerk »La distinction« formuliert wurden.

Die Qualitätskontrolle von Wissenschaft im Allgemeinen und der Soziologie im Besonderen war Friedhelm Neidhardt immer ein besonderes Anliegen. Die weitgehende Autonomie der Wissenschaft in einer funktional differenzierten Gesellschaft ließe sich nach seiner Ansicht nur legitimieren, wenn sich die Wissenschaft der Selbstkontrolle unterwirft, Kriterien der

Messung von Qualität definiert und Verfahren ihrer Operationalisierung institutionalisiert. Dass sich die Lehrenden an deutschen Universitäten zu wenig um die Belange der Studierenden kümmerten, veranlasste ihn Ende der 1980er Jahre dazu, zusammen mit dem SPIEGEL eine bundesweite Befragung an deutschen Universitäten durchzuführen, um die Qualität der Lehre aus Sicht der Studierenden zu messen. Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Dezember 1989 unter der Überschrift »Welche Uni ist die beste?« als Titelgeschichte des SPIEGEL mit einer Rekordauflage veröffentlicht und im SPIEGEL-Spezial Nr. 1 »Studieren heute« im Frühjahr 1990 ausführlicher dargestellt. Die Studie resultierte in dem ersten, großangelegten deutschen Universitätsranking. Sie löste eine heftige wissenschaftliche und hochschulpolitische Debatte aus und lieferte den Anstoß zu weiteren Versuchen der Qualitätsmessung der Lehre.

Ein weiterer Vorstoß Neidhardts, die Qualitätskontrolle von Wissenschaft zu verbessern, bezog sich auf den Bereich der Forschung und hier speziell auf die Forschungsleistungen der deutschen Soziologie. Ende der 2000er Jahre hatte Neidhardt die Leitung einer Arbeitsgruppe übernommen, die im Auftrag des Wissenschaftsrats die Forschungsleistungen der Soziologie an deutschen Universitäten und außeruniversitärer Einrichtungen analysieren sollte. Neidhardt war unzufrieden mit der sich zunehmend etablierenden Praxis, die Forschungsleistungen über die eingeworbenen Drittmittel oder andere vermeintlich objektive Indikatoren zu bestimmen. Die Arbeitsgruppe versuchte, ein neues Bewertungsverfahren von Forschungsleistungen zu entwickeln, das Neidhardt als »informed peer review« bezeichnete, und das als Verfahren auch für andere Fächer verwendbar sein sollte, wie er 2008 unter dem Titel »Das Forschungsrating des Wissenschaftsrats« in der SOZIOLOGIE ausführte. In die Bewertung von Forschungseinheiten sollten zwar verschiedene Kennziffern (Anzahl und Qualität von Publikationen, Impact, Drittmittel etc.) einfließen. Aus diesen Maßzahlen allein ließen sich aber keine validen Bewertungen ableiten. Entscheidend sei es, dass Gutachter:innen prüfen, ob und in welchem Maße die verfügbaren Indikatoren auch valide sind. Dazu sei eine intensive Lektüre von ausgewählten Schriften unabdingbar.

Friedhelm Neidhardt hatte im Verlauf seiner Karriere eine Vielzahl an Ämtern in der wissenschaftlichen Beratung der Politik und der Selbstorganisation der Wissenschaft inne. Als Student war er ASTA-Vorsitzender an der Universität Kiel, als Hochschullehrer unter anderem Rektor der Ham-

burger Akademie für Wirtschaft und Politik, Vorsitzender der Familienberichtskommission des Deutschen Bundestags, Mitglied der Gewaltkommission des Deutschen Bundestags, Mitglied des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Fachgutachter der Alexander von Humboldt Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats, langjähriger Herausgeber der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vorsitzender des Kuratoriums der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) und nach 1990 Gründungsbeauftragter des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität und Gründungsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Die Vielzahl der erfolgreich ausgeübten Ämter hatte Ehrungen zur Folge wie zum Beispiel das Bundesverdienstkreuz und die Ehrendoktorwürde der Humboldt Universität.

Es ist nicht ohne Grund, dass Friedhelm Neidhardt so häufig in zentrale wissenschaftspolitische Positionen berufen wurde, in denen er dann häufig die Rolle des vermittelnden Dritten übernahm. Seine mustergültige Karriere ist ihm nie zu Kopf gestiegen. Seine Erfolge rechnete er sich nur partiell selbst zu, sondern auch den günstigen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit, den Gelegenheitsfenstern, die sich ihm boten und frühen Förderern wie Karl Martin Bolte und René König. Aus dieser, sich selbst reflektierenden und kontextualisierenden Sicht erwuchs seine selbstbewusste Bescheidenheit. Neidhardt neigte weder dazu, sich selbst zu über- noch zu unterschätzen. Er ruhte in sich und wählte seine Worte mit Bedacht. Seine Sprache war druckreif und so wie sein Denken und seine Analysen feindifferenziert. Er war ein Mensch der leisen Töne und der Zwischentöne. Der Imperativ war ihm fremd, der Konjunktiv derjenige Modus, der ihm am nächsten war, weil die Möglichkeitsform die Kontingenzen des sozialen Miteinanders mit in Betracht zieht. Als ich als Student an der Universität Köln bei ihm Vorlesungen und Seminare besuchte, war ich zwar von seiner analytischen Schärfe fasziniert, fand seine bisweilen distanzierte Art und das geringe Pathos seiner Rede aber eher etwas langweilig. Ich musste selbst älter werden, um zu verstehen, dass dahinter eine Lebensphilosophie des wechselseitigen Respekts und des Takts stand. Der unter vielen Kollegen und Kolleginnen verbreitete Klatsch über nicht anwesende Personen war ihm fremd. Neidhardt hatte ein tiefes Verständnis für die Lebensumstände anderer Menschen und pflegte einen respektvollen Umgang mit ihnen. Auf sein Urteil war Verlass, weil es

ausgewogen begründet und für die Beurteilten nie verletzend und er selbst glaubwürdig war.

Sein ausgeprägtes Maß an Selbstreflexion spielte auch im fortgeschrittenen Alter eine große Rolle. Friedhelm Neidhardt wusste sehr genau, dass im Alter die körperlichen und geistigen Kräfte nachlassen, konnte darüber reden, ohne zu klagen, und hat daraus für sich die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen. So vermied er in den letzten Jahren öffentliche Auftritte. Und als er mir das Manuskript seines letzten Artikels zuschickte, der vor einem Jahr unter dem Titel »Zugutachterei. Bedingungen und Folgen korruptiver Nachsicht« in der SOZIOLOGIE erschienen ist, war dies mit dem Kommentar verbunden, dass dies sein letzter Text sein werde. Die deutsche Soziologie verliert mit ihm einen hervorragenden Wissenschaftler und Steuermann wissenschaftlicher Institutionen und einen feinen Menschen.

Jürgen Gerhards

In memoriam Gert G. Wagner (5. Januar 1953 – 28. Januar 2024)

Der langjährige Leiter des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und ehemalige Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) verstarb im Alter von 71 Jahren in Berlin. Mit ihm verlieren wir vor allem einen profilierten, empirisch orientierten Volkswirt und Soziologen, der sich in der Soziologie in vielen wissenschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Themenfeldern im In- und Ausland engagierte. Gert Wagner scheute sich nicht, in der Soziologie auch provozierende Thesen in laufende Debatten einzubringen, diese beharrlich argumentativ zu verteidigen und in Forschungsprojekten sowie einer großen Zahl an Publikationen weiterzuentwickeln. 2008 auf dem 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena ging es plötzlich um nichts weniger als um die Verteidigung der Soziologie gegen die Einschränkung ihres Erklärungsanspruchs: Die Sektionen Soziale Indikatoren und Medizin- und Gesundheits-Soziologie hatten eine Veranstaltung unter dem technisch klingenden, etwas langgezogenen Titel »Biomarker und die Soziologie sozialer Ungleichheit in der Gesundheit: neuere Entwicklungen in den Messmethoden soziologischer Verlaufsforschung und der Life-Time-Epidemiology« ausgerichtet. Zwei Positionen standen einander sofort gegenüber. Die einen interpretierten Durkheims Motto, Soziologie erkläre Soziales nur durch Soziales, in der Weise, dass in soziologischen Untersuchungen genetische und körperliche Indikatoren beziehungsweise operationalisierte Variablen keinen Platz hätten. Schuster, bleib bei Deinem Leisten und bei Deinem Zunftmonopol. Die anderen sahen die Stärken soziologischer Analysen sozialer Ungleichheit gerade darin, »natürliche Unterschiede« und »soziale Ungleichheit« in Gesundheit und Altern aufeinander beziehen zu können, und legten entsprechende Erklärungs- und Untersuchungsdesigns vor. Unter Berufung nicht zuletzt auf Kant wurde die Leiblichkeit des Menschen, die Bewältigung der »Natur selbst als Soziales gesehen. Auch diese Kolleg:innen distanzieren sich keineswegs von Durkheims Leitprinzip. Gleichwohl betrachteten sie den Ausschluss genetischer Indikatoren aus soziologischen Analysen sowie Forschungsdesigns vor allem zu sozialer Ungleichheit als eine nicht länger vernünftig zu rechtfertigende Selbstverstümmelung des Erklärungsanspruchs der Soziologie. 2008 hatte sich noch nicht herumgesprochen, was wir heute wissen: Genetische Variablen *allein* erklären überraschend wenig. Erklärungskraft gewinnen sie erst in Interaktionseffekten mit sozialen und auch

kulturellen Faktoren. Damals fürchteten einige noch, genetische Untersuchungen könnten der Soziologie den Boden entziehen. Daher die damalige Schärfe der Diskussion. Dass diese Debatte auch aktuell in der Soziologie noch nicht abgeschlossen ist, belegt der Beitrag zur »Soziogenomik« im vorigen Heft der SOZIOLOGIE.

Diesen Diskussionsort eines Soziologiekongresses hatte sich Gert G. Wagner ausgesucht, um eine Innovation im Kontext des Sozio-oekonomischen Panels, der weltweit zweiten, inzwischen 40 Jahre laufenden Langzeituntersuchungen von Familien und Haushalten, einer kritischen Erörterung auszusetzen: Anhand von Ergebnissen aus Pilotstudien wurde zur Diskussion gestellt, ob und wie man perspektivisch auch im SOEP nicht-invasive Indikatoren gewinnen könnte.¹ Gert Wagner hatte das SOEP bereits als langjähriger Geschäftsführer des Sonderforschungsbereichs »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« (Sfb 3) an der Universität Frankfurt am Main seit Anfang 1983 mitvorbereitet und stets vorangetrieben. 1989 übernahm er die Leitung von Hans-Jürgen Krupp am Berliner DIW. Er hätte die Erörterung der möglichen SOEP-Erweiterung in Berlin in eigenen Räumen oder in den statistischen Ämtern oder im MPI für Bildungsforschung suchen können. Er entschied sich für den Soziologie-Kongress in Jena. Er hatte eine ziemlich präzise Ahnung von dem, was ihn erwartete. Gert Wagners Lebensthema war die Soziologie sozialer Ungleichheit und vor allem deren Persistenz sowie Veränderung nicht nur im intraindividuellen, sondern auch im intergenerationalen Kontext. Zugleich war er davon überzeugt davon, dass auch in der Soziologie nur mit Hilfe einer evidence-sowie kritisch datenbasierten Grundlage wissenschaftliche Erkenntnisfortschritte erzielt werden können.

Soziologisch, auch familiensoziologisch unterscheidet sich das SOEP deutlich von seinem Vorbild, der bereits im Jahr 1968 begonnenen und inzwischen mehr als 55 Jahren laufenden US-amerikanischen »Panel Study of Income Dynamics« (PSID). In der deutschen Studie wird nicht nur ein »Haushaltsvorstand, sondern es werden *alle* erwachsenen Mitglieder, später auch Kinder eines Haushalts jedes Jahr zu verschiedenen soziologisch, psychologisch und vor allem auch ökonomisch relevanten Entwicklungen befragt und absolvieren soziologische und psychologische Tests. Im Laufe der Generationen wurden sogar Mortalitätsstudien sowie deren sozio-demographische Variationen mit dem SOEP möglich, da von Anfang an nach den

1 Konkret wurde von der Bereitschaft, bei Befragungen Speichelproben für genetische Bestandsaufnahmen abzugeben, und auch von der Messung der Handkraft berichtet.

Eltern gefragt wurde. Soziologisch fruchtbar wurde auch eine von Wagners ersten Amtshandlungen, als er 1989 die Leitung des SOEP übernahm: die Ausweitung des Befragungsgebiets der alten Bundesrepublik auf das Gebiet der damaligen DDR. Der Start der Befragung der Privathaushalte begann bereits im Juni 1990 und außerordentliche 70 Prozent der angefragten DDR-Bürger:innen beteiligten sich. Als vermutlich einziges Haushaltspanel auf der Welt schlägt sich im SOEP der Übergang von einem Staat in einen anderen nieder.

Gert Wagner hatte in Frankfurt bis zum Vordiplom Soziologie studiert und dann in Volkswirtschaftslehre diplomiert. Seine Diplomarbeit wurde, wie 1984 seine Doktorarbeit und 1992 seine Habilitationsschrift von Christof Helberger betreut, einem Mitglied der sozialwissenschaftlichen Arbeitsmarktforschung. Helberger pflegte zu sagen, in der Arbeits(markt)forschung könne man nicht erkennen, wer Soziologe, wer Ökonom sei, alle arbeiteten auf gleiche Weise. Er schlug Wagner als Thema für die Diplomarbeit entweder die Rentenversicherung oder das Gesundheitswesen vor. 2019, in einem Interview mit Karen Horn für die Zeitschrift *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* sagte Gert Wagner, der seinen Vater mit zweieinhalb Jahren verloren hatte und dessen Mutter und Großmutter ihn in der Kleinstadt Kelsterbach am Frankfurter Flughafen aufgezogen hatten: »Krank sein war nach dem Tod meines Vaters in der Familie verboten.« Deswegen habe er sich für ein Thema aus dem Bereich der Rentenversicherung entschieden. Die – gesetzliche – Rentenversicherung ist nicht nur für die Arbeits- und Industrie-Soziologie hinsichtlich Inklusionen und Exklusionen aufschlussreich, sondern stellt auch als wichtige Institution unseres durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzierten Systems der Sozialpolitik ein hochspannendes Thema dar. Gert Wagner schloss sich den SoziologInnen der Statuspassagen und der Institutionalisierung des Lebenslaufs an, die die Definition von Altersgrenzen als soziopolitische Konstruktionen untersuchten (zum Beispiel Martin Kohli und der SFB 186 »Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf«). Diese Sicht bewährte sich, als die Arbeitslosigkeit vor und insbesondere nach 1989 nicht industriepolitisch, sondern über die Rentenversicherung durch Frühberentungen und die Einführung »flexibler Altersgrenzen« angegangen wurde. Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger in den alten und vor allem den neuen Bundesländern, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, sahen darin eine Art Abschiebung über die flexible Altersgrenze. Diese Abschiebung über die flexible Altersgrenze ließ viele Menschen vorzeitig ganz alt aussehen und altersgerechte Laufbahnen kaum entstehen,

die durch vorbereiteten Tätigkeitswechsel eine weit längere Erwerbstätigkeit ermöglichen können.

Die Theorien von Marktversagen (mangelnde Integration externer Effekte) und Versagen des Staates, der in der Theorie Marktversagen kompensieren soll, waren Gert Wagners Themen, seit er seine erste Professur in Bochum in *Sozialökonomie* antrat. Sozialökonomie ist ein in Deutschland selten zu findendes Fach. Es begreift, wie manche Sozialöknom:innen pointiert sagen, Ökonomie als eine Art Bindestrich-Soziologie in Gefolge von Max Weber, Vilfredo Pareto und anderen Soziologen. Gert Wagners methodisches Werkzeug in der Sozialökonomie war zunächst die Spieltheorie. Er untersuchte Anreizstrukturen. Er sah als Staatsversagen, wenn der Staat entgegen seinen Programmen Marktversagen, das soziale Ungleichheit erzeugte, nicht kompensierte, sondern eher verlängerte und sogar verstärkte. Einen Grund für dieses Staatsversagen sah er in mangelnden geeigneten Daten für politische Entscheidungen. Mit dem SOEP und anderen Erhebungen hoffte er, Daten bereitstellen zu können, die politische Entscheidungen gegen soziale Ungleichheit treffsicherer machen könnten. Noch in seinen allerletzten Jahren kritisierte er an den Ausgleichszahlungen für gestiegene Heizkosten, dass sie mangels differenzierter Verbrauchsdaten nicht die Bedürftigsten hinreichend berücksichtigt hätten.

Gert Wagners Untersuchungen von Anreizstrukturen führten ihn zu innovativen Empfehlungen auf einer Vielzahl von Feldern. So analysierte er, dass die Bekämpfung von Doping im Sport durch Verbot von Substanzen einen starken Anreiz setze, immer neue, noch nicht verbotene Substanzen einzuführen. Dieser Anreiz verschwände, wenn Sportlerinnen schlucken und spritzen dürften, was sie wollten – sie müssten nur alle genommenen Substanzen sofort offenlegen und würden vom Wettkampf ausgeschlossen, legten sie sie nicht vollständig offen. Doping lohne sich dann nicht mehr – ein Vorteil auch für die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler.

Die spieltheoretischen Ansätze erweiterte der Sozialökonom Gert Wagner in späteren Jahren um psychologische und sozialpsychologische. Als er auf der Ökonomen-Ranking-Liste der FAZ weit oben stand, überraschte und erboste er Ökonomie Studierende, die in den drei best-ranked Ökonomie-Fakultäten der Erde für ein MA-Studium angenommen waren: Sie fragten ihn, an welche der drei Fakultäten sie denn nun gehen sollten. Gert Wagners empörende Antwort war: Sie sollten überhaupt nicht Ökonomie studieren, das Fach habe seine Zukunft bereits hinter sich. Wenn sie sich für

Wirtschaft interessierten, sei es besser, Soziologie und vor allem Psychologie zu studieren.

Gert Wagner wurde mit dem Renten-Thema – oft in der Nachfolge von Hans Jürgen Krupp – Vorsitzender oder Mitglied fast aller einschlägigen Beratungsgremien. Dazu gehörten die Kammer für soziale Ordnung der evangelischen Kirche, der Wissenschaftsrat, die »Rürup-Kommission« und der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, in dem er zunächst im Gründungsausschuss und anschließend in mehreren Berufungsperioden als Mitglied und Vorsitzender tätig war. Er war von 2014 bis 2020 Vorsitzender des Sozialbeirates der Bundesregierung, zwischen 2011 und 2013 in der Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität« des Deutschen Bundestages, anschließend Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Regierungsprojekts »Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist« und Gründungsmitglied des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen. 2018 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für sein herausragendes wissenschaftliches und ehrenamtliches Engagement. Im gleichen Jahr verlieh ihm die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln den Grad eines »Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ehrenhalber« und würdigte dabei Wagners Leistungen in den empirisch basierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wie auch als »Förderer und Vermittler des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis«. Mit seinem wissenschaftlichen Weitblick habe er nicht nur viele Brücken zwischen Fachdisziplinen gebaut, sondern ihm sei auch stets das Verhältnis von Wissenschaft, Politikberatung und Wissenstransfer ein Anliegen gewesen.

Über die Funktion wissenschaftlicher Beratungsgremien äußerte er sich nach seinen Erfahrungen mit der Rürup-Kommission gleichwohl kritisch. Der taz-Chefredakteurin Ulrike Winkelmann gegenüber deutete er seine Meinung an, solche Gremien dienten vor allem dazu, der Politik die Legitimationsarbeit abzunehmen – und am Ende werde gemacht, was das Kanzleramt ohnehin geplant habe. Selbst publiziert hätte Gert Wagner eine solche Analyse der Rolle von Politikberatung nie, es handelte sich um eine übliche sogenannte Hintergrundinformation. Stattdessen nutzte er seine Position in Gremien um zu kritisieren, dass politisch viel zu wenig für eine gute Forschungsdateninfrastruktur getan werde, um politische und ökonomische Entscheidungen besser auf Evidence zu gründen.

Lohnender oder zumindest vergnüglicher als die Gremienarbeit fand es Gert Wagner, der sein Studium als Reporter für die Frankfurter Neue Presse, lokale Anzeigenblätter und in der Organisation der Fußball-Weltmeisterschaft

1974 finanziert hatte, für Zeitungen zu schreiben: vom Neuen Deutschland über die taz, deren Genosse er war, bis zur FAZ, SZ und NZZ. Er nutzte seinen Ruf als pointenreicher Schreiber, um bei seinen journalistischen Kolleg:innen für die präzise und kritische Auswertung von Statistiken zu werben. Denn genau wie bei seinen sozialwissenschaftlichen Kolleg:innen war Gert Wagner auch bei Journalistinnen und Journalisten allergisch gegen die Verallgemeinerung individueller Erfahrungen und Befindlichkeiten und deren Übertragung auf gesellschaftliche Verhältnisse. So verwundert es auch nicht, dass einer seiner letzten Aufsätze unter dem Titel »Wie blicken Journalistinnen und Journalisten auf die Welt?« in der *Zeitschrift für Journalismusforschung* veröffentlicht wurde.

Als Professor für Sozialökonomie – und später Wirtschaftswissenschaften in Bochum, Frankfurt an der Oder und der TU Berlin hatten jene bei ihm einen Stein im Brett, die bei allen mathematischen Modellen und wilden Spekulationen, denen er sich selbst gern hingab, kritisch und raffiniert mit Daten umgingen und ihre eigenen theoretischen Erwartungen einem gelingenden oder gerne auch scheiternden Falsifikationsversuch unterzogen.

Ungeheure Energie und Druck investierte er in seine Aufgaben als Beschaffer von Forschungsgeldern, Netzwerker, Wissenschaftsmanager und Institutionenbauer. Das SOEP war 1983 als Datengrundlage eines bereits in der zweiten Förderphase laufenden Frankfurt-Mannheimer DFG-Sonderforschungsbereichs mit dem hoffnungsvollen Titel »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« ursprünglich nur für fünf Jahre beantragt worden. Der Titel zeugt von dem öffentlichen Vertrauen jener Jahre sowohl in Sozialwissenschaft als auch in Gesellschaftspolitik – ein Vertrauen, das übrigens einige Antragsteller nicht teilten, wie sie im Antrag selbst in – womöglich übersehenen – ironischen Bemerkungen zum Ausdruck brachten. Gert Wagner hat viele Jahre seines Lebens mit der dauerhaften Institutionalisierung dieses nach der Ausweitung auch nach Ostdeutschland noch zu lange über den Projekthaushalt des BMBF finanzierten Infrastrukturprojekts verbracht. Die Budgets, die er für das SOEP an Land zog, waren für die damalige Zeit in der Soziologie eigentlich nie zu erwarten. Geradezu biblisch lang sind auch die Jahrzehnte, in denen er unverdrossen netzwerkend in allen Gremien dicke Bretter bohrte und etliche Evaluationen durch den Wissenschaftsrat meisterte, bis das SOEP in einen vom BMBF und den Ländern finanzierten Grundhaushalt überführt wurde und seitdem regelmäßig im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft als unabhängige Abteilung im DIW Berlin evaluiert wird. Oft fragten ihn seine soziologischen Kolleg:innen, ob er

bei jedem Thema an nichts anderes denken könne als an die finanzielle und institutionelle Absicherung des SOEP. Denken schon, sagte er.

Als erfolgreicher Krisenmanager übernahm Wagner von 2011 bis 2013 den Vorstandsvorsitz des DIW Berlin, das aus einer schweren finanziellen und Reputationskrise einen Ausweg suchte und unter Wagners Regie durch eine für DIW wie SOEP sehr erfolgreiche Evaluation geleitet wurde. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2017 übte Gert Wagner weiter eine wissenschaftliche Vorstandsvorstellung im DIW aus und verlegte den Schwerpunkt seiner Forschungstätigkeiten anschließend schrittweise an das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, dessen Senior Research Fellow er bereits seit 2008 war. Am MPI hatte seine akademische Karriere in Berlin ihren Anfang genommen. Denn bereits 1988 hatte dessen Direktor und frühere Sfb 3-Kollege, der Soziologe Karl Ulrich Mayer, Gert Wagner einen mehrmonatigen Gaststatus gewährt; dort hatte er seine Kollegin, eine Soziologin, kennengelernt und mit ihr eine Familie mit zwei Kindern gegründet. Am MPI widmete er sich jenen soziologischen und psychologischen Themen, die ihn schon auf dem DGS-Kongress in Jena fasziniert hatten, nämlich Fragen nach den genetischen und kulturellen Anteilen an Risikoneigungen. Als Karen Horn ihn in dem oben erwähnten Gespräch fragte: »Ist das noch Ökonomie, was Sie da machen?« antwortete Gert Wagner: »Nein. Natürlich nicht. Aber das ist mir egal. Ich bin dankbar, dass ich in meinem Alter noch einmal auf einem so unglaublich spannenden neuen Feld ein wenig mitarbeiten kann. Und das, was wir da herausfinden werden, ist für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie gesagt, auch durchaus relevant.«

Mit gerade 71 Jahren starb Gert Wagner. Er wird uns – nicht nur – als Sparringspartner sehr fehlen. Seiner Familie, an der er sehr hing, gehört unser Mitgefühl.

Johann Behrens und Jürgen Schupp

In memoriam Helmut Willke (30. Mai 1945 – 15. Januar 2024)

Seinen unerschütterlichen Optimismus hatte Helmut Willke bereits in seiner Dissertation über eine Theorie der Grundrechte gefunden, in der Sache ebenso wie in der Begrifflichkeit. Demokratisierung, so schreibt er 1975 in »Stand und Kritik der neueren Grundrechtstheorie«, darf keine Frage der Politik bleiben, sondern muss gesellschaftliche Bereiche erfassen, die mindestens genauso wichtig sind wie die Politik, vor allem die Wirtschaft und die Wissenschaft. »Die Gesellschaft muss, sollen die verfassungsrechtlichen Grundwerte von der Proklamation zur Geltung erstarken, ebenso machtbergrenzend organisiert sein wie der Staat.« (S. 270 f.) Sein wissenschaftliches Leben widmete Willke der Frage, wie die Gesellschaft so in ihre eigenen Belange und Probleme intervenieren kann, dass Lernprozesse möglich werden, mit deren Hilfe bessere Zustände erreicht werden können. Man beachte den Umweg. Nicht die Wissenschaft definiert bessere Zustände, sondern in den gesellschaftlichen Bereichen werden diese selbständig gefunden, so dass sich mit den Zuständen auch die Systeme verbessern, weil sie Mittel und Wege gefunden haben, sich zu thematisieren, zu reflektieren und zu vernetzen.

Die einzige Theorie, die ihm für diesen Zweck geeignet erschien, war die soziologische Systemtheorie in der Fassung Niklas Luhmanns. Ausgerechnet in der Theorie, die gegenüber jeder Steuerung von Gesellschaft skeptisch ist, realisierte Willke über Jahre seine eigene Version einer Steuerungstheorie. Das war im Übrigen ganz nach Luhmanns Geschmack. Er konnte Willke dabei beobachten, wie es ihm mit seinen, Luhmanns, Begriffen gelang, andere Theorieziele zu verfolgen. Dadurch wurde auch die Systemtheorie zu einem lernenden System, dokumentiert in drei Bänden zur Einführung in die Systemtheorie und abgeschlossen in seiner 2005 bei Velbrück veröffentlichten »Theorie symbolischer Systeme«, die von »Systemen« nur noch als Kopplungen von Bewusstsein, Sprache und Kommunikation spricht. Jeder Gedanke, jeder Satz, jede Kommunikation sind seither der Situation ausgesetzt, der »wilden ›Zirkulation der Symbole«¹ nur mit einer Form der Steuerung begegnen zu können, die Willke zusammen mit Gunther Teubner 1984

1 Von einer »Zirkulation der Symbole« sprach Ferdinand de Saussure, »wild« ergänzt Willke und kommt damit dem Einwand der Poststrukturalisten entgegen, dass die Wiederholung (Iteration) den Wechsel nicht aus-, sondern einschlieÙe. Siehe etwa Jacques Derrida in dem 2004 bei Reclam erschienen Band »Die différance«.

in »Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht« in der *Zeitschrift für Rechtssoziologie* auf den Namen »Kontextsteuerung« getauft hat: Gedanke, Satz und Kommunikation setzen sich gegenseitig nicht nur Schranken, sondern auch Attraktoren und müssen austesten, welcher dieser Kontexte »wirkt«. So oder so können sich zwischen diesen drei Kontingenzfaktoren, jeder hoch komplex, zueinander orthogonal, untereinander nichtlinear verknüpft, nur Symbole einspielen, die, je erfolgreicher sie sind, nur schwer wieder auszuräumen sind.

Die konstruktivistische Erkenntnistheorie, die der Systemtheorie zugrunde liegt, teilte er, doch konsequenterweise weder in ihrer operativen noch in einer »radikalen«, sondern in einer experimentellen, diskursiven Version. Sehr typisch dafür ist »Konstruktivismus und Sachhaltigkeit: Wirklichkeit als imaginäre Institution« in *Sociologia Internationalis* (1993). Jeder Tragik abhold, plädierte er für Ironie:

»Die Einsicht, dass die selbst-referentiellen Semantiken komplexer Systeme nicht vereinbar sind, und dennoch unerschrocken für wechselseitige Abstimmung einzustehen, unterscheidet den ironischen vom tragischen Beobachter. Für den Tragiker verfangen sich die Systeme in ihren selbst gestellten Fallen und jeder Versuch rettender Rationalität bestärkt nur diesen unabänderlichen Entwicklungspfad. Für den Ironiker dagegen eröffnet die unabänderliche Distanz zwischen den Systemen den Spielraum für die Möglichkeit einer Akkordierung von Kontingenzen, wenn erst einmal klar ist, dass dies nicht aus der Position einer höheren oder überlegenen Rationalität (welchen Beobachters oder Akteurs auch immer) bewirkt werden kann, sondern allein aus der Spiegelung (Spekulation, Reflexion) der äußeren Distanz in einer inneren Distanz der Systeme zu sich selbst, die ihnen die eigene ironische Position eines Spielens mit ihren Kontingenzen erlaubt.« (S. 98)

Bereits die Habilitation war der »Entzauberung des Staates« (1983) gewidmet, denn solange dem Staat alle Fantasien der Steuerung gelten, kann die Gesellschaft in ihren Teilbereichen nicht erreichen, was dem Staat schon lange nicht mehr gelingt. Zu dem Zeitpunkt war Willke bereits aus den Rechtswissenschaften in die Soziologie gewechselt und erhielt nach seiner Arbeit am Institut für Soziologie der Universität Köln 1982 am Lehrstuhl von Friedhelm Neidhardt einen Ruf an die Universität Bielefeld auf eine Professur für Planungs- und Entscheidungstheorie, die 2002 zu einer Professur für Staatstheorie und Global Governance erweitert wurde. Emeritiert lehrte und forschte er von 2008 bis 2017 an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, die er schließlich als Vizepräsident für Forschung verließ. 1994 erhielt er den Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft, den er für umfangreiche Forschungen zu innovativen Formaten der Global

Governance nutzte. Selten erschloss eine anspruchsvolle Denkfigur, unterstützt von der normativen Absicht, so viel empirisches Material über die Struktur und Dynamik von Funktionssystemen, die Leistungsfähigkeit von Organisation und den menschlichen Umgang mit ihnen wie in den Arbeiten Willkes. Dokumentiert sind die Ergebnisse dieser Forschung in den drei Bänden zur Theorie der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme »Atopia« (2001), »Dystopia« (2002) und »Heterotopia« (2003) sowie mehreren Büchern, davon eines mit seinem Zwillingsbruder Gerhard Willke über Formen der Governance im Kapitalismus.²

Trotz oder auch wegen seiner vielen Praxiskontakte hat Willke nie den Glauben an die Möglichkeit eines Expertenwissens verloren. So konnte er den Schweizern am anderen Ufer des Bodensees raten, nach dem Modell einer unabhängigen Zentralbank auch in anderen Funktionssystemen mehr auf parteipolitisch unabhängige Experten als auf die Bürgerdemokratie zu setzen.³ Sein eigentliches Vertrauen jedoch galt der Freiheit, als Freiheit nicht *von*, sondern *zur* Gesellschaft. Denn nur in der Gesellschaft sei Freiheit möglich, schrieb er 2019 in seinem Buch »Komplexe Freiheit« unter Berufung auf Isaiah Berlin.

Für seine Studierenden und Kolleg:innen war Willke eine ständige Herausforderung, weil man seiner Ansicht nach entweder genau weiß, was es zu wissen gibt – oder schweigt und lernt. Mit Nichtregierungsorganisationen, allen voran mit der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), und Unternehmen arbeitete er an Formen des Wissensmanagements, die den jeweiligen Sachbereich genauso betreffen wie die eigene Organisation. In den Nationalstaat setzte er keine Hoffnung mehr. Sein jüngstes Buch zur »Klimakrise und Gesellschaftstheorie« ist im vergangenen Jahr erschienen und sieht Chancen zur Bewältigung der Klimakatastrophe nur noch, aber immerhin, in einem Netzwerk von international agierenden Nichtregierungsorganisationen, internationalen Organisationen und Regierungen, die ihre eigenen Grenzen verstehen. Präzise beobachtete er, wie sich Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Recht viel zu langsam dem Verständnis der Notwendigkeit von Vernetzung – er sprach von einer Form der Governance in lateralen Weltsystemen – näherten.

2 Helmut Willke und Gerhard Willke, »Political Governance of Capitalism: A Reassessment beyond the Global Crisis« (2012), außerdem »Global Governance« (2006) und »Smart Governance« (2007).

3 Siehe sein Interview »Die Schweizer Demokratie ist überfordert« im Tages-Anzeiger am 21. November 2014 aus Anlass der Publikation seines Buches »Demokratie in Zeiten der Konfusion«. Veith Selk hat den Band auf *soziopolis* am 3. Dezember 2015 rezensiert.

Helmut Willke genoss die Autofahrten von Köln-Pulheim, wo er mit der Familie, seiner Frau und zwei Kindern, lebte, nach Bielefeld, Friedrichshafen oder zu seinen Klienten, weil er im Auto ungestört Opern hören konnte. Er besaß eine umfangreiche Sammlung von CDs, darunter verschiedene Fassungen der Opern seines Favoriten Verdi. Er betrieb intensiven Sport, insbesondere Ausdauersport, von Taekwondo über das Skifahren bis zum Joggen, einschließlich einer mehrfachen Teilnahme an verschiedenen Laufmarathons und am Silser Skimarathon im Engadin.

Eigentlich, das ist die Ironie, die ihn selbst eingeholt hat, wollte er immer nur aufhören zu schreiben. Er erfand das Format des Mikroartikels, eines Hybrids aus Karteikarte und Aufsatz, in dem Wissen zugleich gelehrt, gelernt und organisational gespeichert werden kann. Solange das in den Behörden, Unternehmen, Kirchen, Krankenhäusern, Universitäten, NGOs und Armeen dieser Welt noch nicht angekommen war, schrieb er halt weiter. – Inzwischen kann man sich mithilfe von Small Language Models auf KI-Basis der Realisierung von Helmut Willkes Idee weiter nähern. Es käme darauf an, den jeweils einschlägigen Bestand an Daten (Text, Zahlen, Formeln, Grafiken) auf die jeweilige System/Umwelt-Differenz (als Metaparameter) herunterzurechnen und mit reflexiven Prompts zu durchsuchen. Die dafür erforderlichen formalen und sachbezogenen Templates zum Wissensmanagement in Organisationen und Funktionssystemen findet man in Willkes Schriften.

Am 15. Januar ist Helmut Willke im Alter von 78 Jahren in Köln überraschend gestorben.

Dirk Baecker

Call for Papers

Democracy and Society Challenges – Risks and Opportunities for Contemporary Democracies

International Conference on Political Sociology, 10 to 12 October in Bologna

Democracy is an area of study that has belonged to political sociology since its classical authors and raises research questions that are still largely unexplored, both in terms of theoretical elaboration and empirical research. Democracy, its transformations, its crises, its values, its institutions, are the privileged terrain for a socio-political analysis capable of understanding the social and political relations that make up its fabric, especially by studying the visible and invisible dynamics of the conflicts of power and for power that redefine its forms. In its vocation as a science of connections, political sociology repeatedly emphasises that, in studying the relationship between society and politics, one cannot identify politics as an autonomous variable of interpretation, nor, at the same time, diminish the role of politics by focusing on social dynamics alone. Political sociology is not resolved in the mere identification of the social factors that condition the political order, since institutions are themselves social structures, and it is often these that are the independent variables that influence the non-political social structure. Social change and political change thus become the key concepts with which to read the processes of transformation of democracy, in the specificity of a perspective that is not content with describing the forms that have emerged from its crisis, understood as the overcoming of the processes of political representation experienced in liberal democracies. Democracy is a field in constant flux, whose aporias make its study a privileged field for the fundamental questions of social research: how can the individual, society and collective political action be reconciled? How have the structures of inequality changed? What is the relationship between politics and the economy, politics and culture, politics, and new forms of religion? What are the forms of social

and political relations in advanced modernisation processes? What role does the relationship between society and development, between environment and progress, play in political phenomena? Finally, is democracy still the political project of modernity?

In the process of reconfiguration of global society, whose trajectory coincides with the thirty-year period after 1989, through 9/11, the 2008 crisis, the shock of the Sars-Covid-19 pandemic, the war in Ukraine and the Israeli-Palestinian conflict, we are faced with a scenario in which the capacity of politics, national, supranational, and international, is not only weakened in its primacy over the other spheres of society, but also de-synchronised with respect to the facts of society. The time of democratic politics is slower than the time of social change, just as the space of politics dimensioned at the level of the nation-state is desynchronised with respect to the space of social phenomena. Moreover, we are faced with challenges that place democracy itself in the mirror of its own founding values, not only in the area of choices that affect individual freedom, but also in how it positions itself in the system of international political regulation.

In the public and academic debate, the scenario of the crisis of democracy is recurring more and more often. Post-democracy, defective democracy, post-representative democracy, populist democracy, illiberal democracy: these are the many and varied definitions used to identify the overcoming of the ›traditional‹ paradigm of representative democracy. Similarly, the widespread attempts to conceptualise phenomena that challenge democracies by highlighting a ›regressive‹ profile, as well as the existence of social phenomena that define a ›cultural backlash‹, ›retrogression‹ or ›retrotopia‹, need to be considered in the light of a new political sociology of democracy.

The crisis of legitimacy of traditional political subjects occurs when the balance that holds together the sense of pursuing a common project, the strengthening of the power of the political class, the attainment of ideal or socio-economic interests by citizens/voters, depending on the structure of community action whose influence they seek, breaks down. The perception of a loss of status, the feeling of relative deprivation, the fear of the loss of social guarantees and protection, the perception of a reduction in opportunities for upward social mobility, insecurity as a sense of socio-economic precariousness, the questioning of one's own life model, create the conditions for a crisis of legitimacy for the institutional actors of democratic representation. However, it is not only a question of identifying anti-establishment and populist challenges to liberal democracy, but also of shedding

light on all the pervasive forms of manipulation of power. On the one hand, the processes of depoliticisation that fuel the crisis of legitimacy of democracy need to be analysed in the context of the impact of neoliberalism on advanced democracies, from the TINA (There is No Alternative) paradigm of political regulation in the 1980s to analyses of authoritarian managerialism and forms of technocratic populism (which reverses representation and legitimacy, not just replacing politicians with technicians). On the other hand, political sociology needs to re-thematise the forms of democratic innovation, from the contribution of the reflexive citizen, the paradigms of sub-politics and life-politics, the perspective of participatory and deliberative democracy, to the new forms of mobilisation emerging from the environmental and feminist movements. What opportunities, what risks, what processes of redefining not only the forms of democratic political conflict, but also the regeneration of the democratic project itself, emerge from these processes? What processes of repoliticisation of democracies are possible in societies of advanced modernity?

Finally, political sociology cannot fail to consider that democracies are also actors that operate as states within the complex web of the international political scenario. As such, democracies themselves participate in the dynamics of the exercise and manipulation of power, just as they become the object of analysis in the behaviour they adopt in relation to the political, economic and military conflicts in which they participate.

The conference will therefore focus on areas closely related to the nature, forms, challenges, and developments of democracy. The following thematic areas form the basis for the submission of paper proposals:

1. Democracy and social change: the impact of globalisation, economic crises, financial crises, changing social bases of democracy in terms of social stratification and new and old inequalities, social innovation processes.
2. Democracy and socio-cultural change: the processes of individualisation and singularisation, the new ruptures that politicise values, expectations, identities and redefine the belief system on which processes of recognition and political conflict are articulated.
3. Democracy and institutional change: the institutional challenges posed by the redefinition of the powers of the nation-state, the process of European integration, as well as the challenges faced by institutions in the processes of public policy regulation, the phenomenon of lawfare, the nature of the relationship between bureaucracy and politics.

4. Democracy and geopolitical change: the impact on democracies of the redefinition of international politics, the relationship between war and politics, the dynamics of conflict management and the whole structure of international relations from a socio-political perspective.
5. Democracy and changing political representation: changing political actors and forms of political conflict in democracies, the transformation of parties, the relevance of leaders, the problems of political representation.
6. Democratic innovation: forms of democratic innovation, digital democracy, the role of platform democracy, participatory democracy, deliberative democracy.
7. Democracy and new social conflicts: the new challenges of political ecology, the intersectional perspective promoted by feminist movements, the contribution of student movements, labour movements, peace movements.
8. Democracy and socio-political theory: prospects for the development of a new socio-political theory of democracy, new forms of critical political sociology, the public role of political sociology, the intersection between political sociology and cultural processes, social theory and democratic theory.

In this sense, it is a matter of recognising and reknitting the thread of the relationship between society and politics with the critical perspective of political sociology, which encompasses and goes beyond the boundaries of the search for the quality of the form of government and is not limited to the classificatory dimension of the political regime. It is not limited to the classificatory dimension of the political regime, to its constitutional rules of operation, nor to the elaboration of an ideology of democracy, but is interested in the process by which it is simultaneously realised, transformed, maintained and regenerated, as well as in the processes of its possible manipulation.

The abstract must include the title of the paper, the name of the authors (and the name of the corresponding author), the university, a text of max. 3,000 characters including spaces (approx. 450 words) and an indication of the thematic area in which the proposal will be presented. Abstracts of proposals must be received by **30 May 2024**. Acceptance or rejection of abstracts will be confirmed by 15 June. Submission of the paper, also in draft form, is required by 15 September.

E-mail address for sending the abstract:
sociologiapolitica@ais-sociologia.it

Tagungen

Staat – Gesellschaft – Polykrise: Aktuelle Herausforderungen der Gesellschaftstheorie

Gemeinsame Frühjahrstagung der Sektionen Soziologische Theorie und Europasozio­logie am 16. und 17. Mai 2024 an der Universität Potsdam

Die journalistische Rede von nationalen »Gesellschaften«, die sich zu wichtigen Schritten »entschließen«, in Krisen »zusammenhalten« oder aber durch sich polarisierende Kommunikation in sozialen Netzwerken »gespalten« werden, trifft in der Soziologie und zumal der soziologischen Theorie typischerweise auf wenig Zuneigung. Gerade die neuere soziologische (Gesellschafts-)Theorie tendiert dazu, die vielfach als selbstverständlich unterstellte Subjektstellung von nationalstaatlich gerahmten Gesellschaften bzw. »Nationalstaaten« als bestimmende Akteure des Weltgeschehens zugunsten alternativer Sichtweisen aufzulösen. Dies steht in auffälligem Kontrast zu der großen Bedeutung, die Staaten als Adressaten der Lösung kontemporärer Großkrisen von verschiedenen Seiten zugeschrieben wird.

Auf der Ebene politischer Selbstbeschreibungen findet man nicht nur eine Adressierung von Staaten als handlungsmächtige Akteure der Krisenbewältigung, sondern auch eine relativ erfolgreiche Autosuggestion nationaler »Identität« und entsprechende politische Mobilisierung. Gerade auch vor dem Hintergrund multipler Krisenerscheinungen gewinnt dabei möglicherweise nicht nur der Nationalstaat, sondern auch ein nationalstaatlich gebundenes Verständnis von Gesellschaft wieder an Plausibilität. Im Zuge der als Polykrise beschriebenen Herausforderungen der Gegenwart werden Staaten als Träger von Verantwortung und Agency adressiert und »Belastbarkeitsgrenzen« von Gesellschaften behauptet, die wie selbstverständlich mit »Ländern« oder »Nationen« gleichgesetzt werden. Diese Dynamiken der jüngsten Vergangenheit führen vor Augen, dass »Nationalgesellschaften« weiterhin als praktisch relevante Bezugseinheiten fungieren und Vorstellungen einer

nationalstaatlich strukturierten Welt eine erhebliche diskursive Bedeutung zukommt. Auch im Kontext der empirischen Sozialforschung scheinen Überlegungen zur Dezentrierung der Nation und des Nationalstaats wenig Anklang gefunden zu haben, sodass »Länder« als natürliche Untersuchungseinheiten gerade in komparativen Fragestellungen gelten. Es könnte sich deshalb lohnen zu fragen, inwiefern die Gesellschaftstheorie bereits über ausreichende Instrumente verfügt, um sowohl die Tendenz zu nationalen oder gar nationalistischen Selbstbeschreibungen als auch diejenigen Phänomene, auf die diese Beschreibungen reagieren, adäquat zu fassen.

Ob der Begriff der »Gesellschaft« soziologisch überhaupt unverzichtbar oder auch nur hilfreich ist, ist freilich bereits eine offene Frage. Die Gesellschaftstheorie hat an diesem Punkt Konkurrenz aus eigenem Hause durch Vorschläge, Sozialität nicht von einem »starken« Gesellschaftsbegriff her, sondern in Begriffen von Assemblagen, Kollektiven oder Netzwerken zu denken, »Gesellschaft« in Prozessen der »Vergesellschaftung« aufzulösen oder für »flache Ontologien« zu optieren. Auch im Kontext differenzierungstheoretischer Debatten steht seit einiger Zeit die handlungstheoretisch motivierte Forderung im Raum, den Gesellschaftsbegriff aufzugeben. Nicht zuletzt für diese Frage nach der adäquaten Konzeptualisierung von Vergesellschaftungsprozessen mag die empirische Problemstellung kriseninduzierter gesellschaftlicher Reaktionen ein interessanter Gegenstand theorievergleichender Betrachtungen sein. Dabei könnte es sich lohnen, an die Debatten zu erinnern, die zu einer weitgehenden Dezentrierung des Nationalstaats in der soziologischen Gesellschaftstheorie geführt haben.

Gesellschaftstheorie und Staatlichkeit

So wird auch die Relevanz von Staatlichkeit und staatlichen Ordnungen für die Strukturierung sozialer Verhältnisse aus unterschiedlichen Perspektiven in Frage gestellt. Mit Bezug auf »Transnationalisierung« wird der Bedeutungszuwachs von Migration und transnationalen Ordnungen hervorgehoben. Die Systemtheorie stellt auf die Struktur einer »Weltgesellschaft« um, in der Staaten und nationalstaatliche Grenzen nurmehr als Binnendifferenzierung des politischen Systems plausibel scheinen, die wiederum aus Sicht der Weltkulturtheorie als isomorphe Institutionen beschrieben werden. In der Gouvernamentalitätsforschung büßen Staaten durch den Verweis auf ubiquitäre Formen des Regierens ihren Sonderstatus ein, während sie von Sei-

ten der Netzwerkforschung durch den Aufweis der unzähligen Translationen, der es zur Konstitution des »großen Leviathan« bedürfe, dekonstruiert werden. Durch die Beiträge der Postcolonial Studies wird der Exzeptionalismus europäischer Staats- und Gesellschaftsbegriffe zur Disposition gestellt und eine »Provinzialisierung« Europas eingefordert, wodurch sich Schnittmengen auch mit dem Feld der »global history« ergeben. Diese ganz unterschiedlichen Strömungen stellen zugleich Kritiken der Globalisierungsdebatte, der Weltgesellschaftstheorie und World Polity-Forschung, aber auch des Multiple Modernities-Ansatzes dar. Ein an nationale Grenzen und den Nationalstaat gekoppelter und auf einer epistemischen Verbesonderung Europas fußender Gesellschaftsbegriff, wie er vielen (westlichen) Soziolog:innen für lange Zeit selbstverständlich schien, muss aus all diesen heterogenen Beobachtungspositionen als Anachronismus erscheinen. Diese Tendenz zur gesellschaftstheoretischen Dezentrierung von Nationalstaatlichkeit steht in auffälligem Kontrast zu der, wie es scheint zunehmenden, Selbstthematizierung von »Nationalgesellschaften«.

Die kriseninduzierte Rückkehr nationaler Gesellschaftsbegriffe

Ein nationalstaatlich gebundenes Verständnis von Gesellschaft scheint dabei gerade vor dem Hintergrund multipler Krisenerscheinungen wieder an Plausibilität zu gewinnen: Sowohl im Zuge der Finanz-, Banken, und Eurokrise als auch in der Bearbeitung der Corona-Pandemie ließen sich, von zweifellos existenten globalen Beobachtungsverhältnissen abgesehen, in kürzester Zeit spezifische nationale (und zwar nicht lediglich politische) Reaktionsmuster unterscheiden, wobei die epidemiologisch fragwürdige Zuordnung von »Fällen« auf Länder und die differenten Regierungsreaktionen (bis hin zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen) eine überraschende Renaissance nationalstaatlicher und »nationalgesellschaftlicher« Einheiten markierte. In dramatischer Weise führt der russische Überfall auf die Ukraine vor Augen, dass die Gefahr konventioneller Kriege zwischen Nationalstaaten auch in Europa nicht länger als gebannt gelten darf, während sich in der diskursiven Auseinandersetzung nationale und supranationale Blöcke formieren, die durchaus an klassische Einteilungen aus der Zeit des Kalten Krieges erinnern. Zeitgleich bricht sich in vielen Ländern ein »neuer« Autoritarismus Bahn, der Kategorien des Nationalen und nationaler »(Volks-)Gemeinschaften« mit neuer politischer Relevanz und kultureller Bedeutung auflädt. Auch der Prozess der Digitalisierung und die sich ankündigende

zentrale Bedeutung künstlicher Intelligenz scheinen zwischenstaatliche Differenzen und Konflikte beispielsweise im Bereich der Infrastrukturversorgung, der Beeinflussung öffentlicher Meinung und Wahlen, aber auch der Konkurrenz um billige Arbeitskräfte voranzutreiben. In der Debatte über den Umgang mit der bevorstehenden Klimakatastrophe schließlich kann die Vergegenwärtigung der globalen Natur dieser existenziellen Herausforderung ebenso wenig wie das Ringen um staatenübergreifende Lösungen darüber hinwegtäuschen, dass Länder, Nationen und national gerahmte »Gesellschaften« mit Blick auf die Kosten und Lasten des Klimawandels gegeneinander ausgespielt werden. Diese und viele weitere Fälle der jüngsten Vergangenheit führen uns vor Augen, dass auf erster und zweiter Beobachtungsebene praktisch nach wie vor mit Konzepten nationaler Gesellschaft als Zurechnungseinheit gearbeitet wird, und dies nicht nur im politischen Kontext, in dem am Nationalstaat orientierte Zurechnungen naheliegen, sondern auch beispielsweise in technischen, wirtschaftlichen, medizinischen oder ökologischen Kontexten.

Zur Differenz empirischer und theoretischer Perspektiven

Diese Entwicklung scheint unproblematisch für jene Teile der Soziologie, insbesondere auch der empirischen Sozialforschung, die von den stark theoretisch geprägten Erwägungen zur Dezentrierung des Nationalstaats ohnehin weitgehend unbeeindruckt geblieben sind – trotz aller Kritik an einem »methodologischen Nationalismus« der Disziplin. Mitunter in der Form von impliziten Schattenontologien, häufig aber auch explizit und aus forschungspragmatischem Kalkül, werden in zahlreichen Teilbereichen der Soziologie nationale Untersuchungseinheiten als »natürliche« Gegenstände beobachtet, Indikatoren zum Erfassen von Differenzen und Gemeinsamkeiten auf nationalstaatlicher Ebene entwickelt und Forschungsdesigns im Sinne einer ländervergleichenden Makro-Komparatistik entworfen. Vielfach losgelöst von den oben genannten Problematisierungen werden etwa in der Bildungssoziologie, der Familiensoziologie, der Lebenslauf-, Arbeitsmarkt- oder Wohlfahrtsstaatsforschung »Nationalgesellschaften« untersucht und miteinander in Beziehung gesetzt, wobei typischerweise »Länder«-Effekte im Zentrum stehen. Aber auch die vielfältige kulturvergleichende Forschung und, um ein anderes Beispiel zu nennen, die neuere Diskussion um plurale Sozialontologien und politische Epistemologien operiert womöglich näher an

einem vergleichsweise klassischen Begriff von »Gesellschaften« im Plural als intendiert und üblicherweise eingeräumt.

Die Tagung möchte Verbindungen zwischen einer Reihe von jüngeren Diskussionen herstellen und die dabei im Mittelpunkt stehenden Begriffe der Gesellschaft, des Nationalstaates und der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft im Lichte aktueller Theoriendebatten einer erneuten Prüfung unterziehen. Für die Sektion Soziologische Theorie wird damit die Diskussion über Relevanz, Reichweite und Zuschnitt des Gesellschaftsbegriffes vor neuem Hintergrund revitalisiert, wie sie zuletzt etwa 2019 im Rahmen der Tagung »Sozialwissenschaften – mit oder ohne ›Gesellschaft?‹« gemeinsam mit der Sektion Kulturosoziologie geführt wurde; zugleich stellt sich damit die grundlegende Frage, was »große Gesellschaftstheorie« in der Gegenwart und angesichts zahlreicher Herausforderungen (noch) leisten kann und soll, welche Form sie hierbei annimmt und wie sie ihren Gegenstand begrifflich konstituieren kann. Für die Sektion Europasozio­logie eröffnet sich die Möglichkeit, den für sie konstitutiven Gegenstandsbereich analytisch aufzuschließen und im Kontext der aktuellen Debatten über eine notwendige Dekonstruktion und Provinzialisierung (West-)Europas theoretisch sowie methodologisch neu zu fassen. Für beide Sektionen wird zugleich die Frage aufgeworfen, welche Rolle unterschiedlichen Formen der Vergesellschaftung auf verschiedenen Ebenen von Staatlichkeit für die Strukturierung von Sozialität (noch oder erneut) zukommt und in welchem Verhältnis diese zu anderen (lokalen, regionalen oder globalen) Organisationsformen des Sozialen stehen.

Organisatoren:

Christian Schmidt-Wellenburg

E-Mail: cschmidtw@uni-potsdam.de

Daniel Witte

E-Mail: witte@uni-bonn.de

Fabian Anicker

E-Mail: f.anicker@hhu.de

Enacting solidarity and citizenship across social fields and scales

16th European Sociological Association (ESA) Conference, Research
Stream 08 from 27 to 30 August 2024 in Porto

In the last two decades, the multiplication of crises has increased the challenges for Europe: While the nation-states dominating the European project have hardly been able to find adequate responses to the turmoil, new forms of practicing solidarity and citizenship have been growing at the local level. In this Research Stream, we therefore address contemporary local, city-based initiatives and their responses to the poly-crises. We start from the assumption that research addressing the local scale and its multi-scalar entanglements can help address the pressing challenges of our time. Focusing on scales entails that we investigate how social relations are forged between actors and authorities in different governance structures which can be in conflict with the state level and become an alternative to the »nationed geographies«. Taking the notion of sanctuary cities as an example, we can here see a rescaling of the border toward the urban (or local) scale, involving local authorities and non-state actors in urban space. Furthermore, we want to focus the discussion on the little-addressed challenge of developing intersectional strategies, networks beyond borders and new state/civil society-relations.

We are thereby dealing with the following questions:

- How does political activism and organizing work at city and neighbourhood level?
- How can different social fields be linked?
- How do local initiatives succeed in networking with initiatives from other localities?
- In how far can we observe new or transforming state/civil society-relations?

As part of the Research Stream, we are considering organizing panels with, among others, the following key issues, although other thematic groupings are also possible:

- 1) »Enacting solidarity and citizenship »from below«: transversal and trans-local relations« (Chair: Donatella della Porta and Mojca Pajnik).

- 2) »Urban re-articulations of state and civil society: cases of new municipalism« (Chair: Oscar García Agustín and Martin Bak Jørgensen)
- 3) »Care as a cross-cutting concept: practices, communities and struggles of care at urban scales« (Chair: Sarah Schilliger and Helge Schwiertz)

You can find all this also on our website: europefrombelow.net/events-2/.
Coordinators of the conference are:

Martin Bak Jørgensen, Aalborg University, Denmark
E-Mail: martinjo@ikl.aau.dk

Sarah Schilliger, University of Bern, Switzerland
E-Mail: sarah.schilliger@unibe.ch

Helge Schwiertz, University of Hamburg
E-Mail: helge.schwiertz@uni-hamburg.de

Fantastic Climates

15. Jahrestagung der Gesellschaft für Fantastikforschung vom 5. bis 7. September 2024 an der Universität Kassel

»Be worried. Be very worried.« So titelte das Time Magazine bereits im Jahr 2006 in einer Sonderausgabe zu den weitreichenden Konsequenzen des Klimawandels: schmelzende Eiskappen und steigende Meeresspiegel, Dürren, Krankheiten, Massenaussterben und globale Fluchtbewegungen – eine Liste, die sich beliebig fortsetzen ließe. Jedes Jahr erinnern uns nicht nur Wissenschaftler*innen und Umweltaktivist*innen, sondern auch immer neue Extremwetterlagen und Umweltkatastrophen an die potentiell apokalyptischen Konsequenzen unserer unbedarften Einflussnahme auf planetare Ökosysteme. Der anthropogene Klimawandel ist die wohl existentiell bedrohlichste Krise unserer Zeit und prägt den gesellschaftspolitischen Diskurs bereits seit Jahrzehnten. Dennoch scheint das gesellschaftliche Bewusstsein nicht für weitgehende Änderungen derjenigen Lebensgewohnheiten auszureichen, die uns als Gesellschaft bisher unfähig gemacht haben, auf die komplexe Problemlage zu reagieren.

Dieser Teufelskreis aus Überforderung, Apathie und Resignation scheint nicht zuletzt bedingt durch das Unvermögen, die Klimakrise in ihrer Ganzheit als multikausalen und – faktoriellen Prozess zu verstehen, der sich in

seiner Komplexität dem menschlichen Erfahrungshorizont entzieht. Als sogenanntes »hyperobject« (Timothy Morton) übersteigt die Umweltkrise zeitlich und räumlich vorstellbare Dimensionen und erfordert auch in der literarischen Verarbeitung alternative Strategien der Darstellung. In diesem Kontext erweisen sich vor allem Bereiche wie Fantastik, Horror und Science- beziehungsweise Speculative Fiction als geradezu prädestiniert dafür, die (noch) nicht greifbaren Konsequenzen unseres Handelns zu thematisieren, zukünftige oder alternative Welten zu imaginieren und mithilfe fantastischer Platzhalter das Unvorstellbare vorstellbar zu machen.

Die Tagung plant Beiträge zu allen Formen und Genres der Fantastik und deren Auseinandersetzung mit dem Klimawandel im engeren wie im weiteren Sinne ein – egal ob sie sich mit Literatur, Comics, Film, Fernsehen, Musik, Video - und Brettspielen oder (Live-)Rollenspielen beschäftigen, und gibt im Open Track auch Raum für jedwede Beiträge zu fantastischen Themen abseits des Konferenzthemas. Insbesondere soll es um Beiträge aus den folgenden Bereichen gehen:

- Ecocriticism
- Cli-Fi
- Umweltzerstörung/ Ressourcenknappheit/ Energiekrise in Fantasy/ SF/ Horror
- Fantasy/ SF/ Horror als Form des Aktivismus
- Klimawandel in Utopien, Dystopien und (Post-)Apokalypsen
- (Eco)Gothic/ (Eco)Horror
- Plant und Animal Studies, Non-/ More-than-human nature, Biodiversität
- Klimakrise/ -aktivismus in der Kinder- und Jugendliteratur
- Anthropozän
- Trans- und Posthumanismus
- Gender/ Race/ Class/ Sexualität/ Disability und Ökologie
- Kolonialismus und Extraktivismus
- Ludologie und Game Studies

Weitere Informationen zur Tagung finden Sie unter <https://www.uni-kassel.de/tagung-konferenz/gff2024/fantastic-climates>. Mitglieder des Tagungsteams sind

Melina Heinrichs, Ann-Christine Herbold, Maria Hornisch, Dr. Murat Sezi
E-Mail: gff2024@uni-kassel.de